

Jüdisches Volksblatt

Redaktion und Administration:
Mährisch-Odrau, Gasse 94,
Mährisch-Odrau, auch mit Adressen
werden aus ohne Gewähr ange-
nommen und aufbewahrt. Eine
Verpflichtung zur Rücksendung
wird nicht anerkannt. Sprech-
stunden der Redaktion täglich
von 11 bis 3 Uhr vormittags.
Eigentum des Jüdischen Ver-
lages, reg. Gen. m. b. H. in
Mährisch-Odrau, Herausgeber und
Verantwortlicher Redakteur Dr.
Dago Herrmann in Mährisch-Odrau.

Freitag, 1. IV. 1921.

ment monatlich K. 7.—
jährlich K. 20.—
Blatt in sein
berufen nation-
berufen und nation-
lichen Interessen der jüdischen
Publikation im jüdischen Volks-
blatt, in dessen Interesse haben
30 h für die Blatt gebühren. Die
interne Abrechnung für die
jüdische Administration der jüdischen
nonnenredaktionen, die in
den Tischen und Kreisen

22. Udar Scheni 5681.

Nach dem Zionistentag.

Der zweite tschechoslowakische Zionisten-
tag litt an denselben Fehlern, die noch jede
zionistische Tagung bisher aufzuweisen hatte:
an dem großen Mangel an Zeit und an dem
ebenso großen Überfluss an Rednern. Es
ist nun einmal nach den Naturgesetzen, denen
auch unsere Tagungen unterworfen sind, un-
möglich, in einem halben Tage gründliche Be-
richte zu hören, die Arbeit von zwei vergange-
nen Jahren entsprechend zu kritisieren und zu
würdigen, die Probleme der Galutharbeit und
Galuthpolitik, der Jugendbewegung, des Pa-
lästinaaufbaues, die Fragen der Chazuzim, der
Kulturarbeit, des Schulwerks systematisch zu
diskutieren, alle Resolutionen und Wahlvor-
schläge genau zu prüfen und ein wohl überlegtes
Urteil zu fällen. Es wäre viel richtiger, für
jede Tagung einen ganz bestimmten Gegen-
stand vorzugreifen und diesen dann wirklich
von Grund auf zu behandeln. Allerdings
wäre es dann auch gut, die Delegierten aus dem
Kreis jener zu wählen, welche zu diesem Ge-
genstande etwas zu sagen haben. Heute kommt
jeder Delegierte mit ganz bestimmten persön-
lichen Wünschen zur Tagung und glaubt, das
wichtigste Interesse sei, daß er seine Rede mög-
lichst ausführlich anbringen kann. Dabei redet
man aneinander vorbei, jeder bekämpft im
Gegner Dinge, die dieser gar nicht gesagt hat.
Man betrachtet den Zionistentag als einen
Debattierklub, was er gar nicht ist, zeigt sich
aber oft auch den Anforderungen nicht ge-
wachsen, die an einen Debattierklub gestellt
werden können. So ist am Schluss einer jeden
zionistischen Tagung (zu unserem Erstaunen bei
den anderen Parteien meist in noch höherem
Maße) das Gefühl der Enttäuschung und der
Depression vorherrschend: es ist wieder einmal
nichts herausgekommen.

Diesem Gefühl der Enttäuschung gegenüber
muss aber doch darauf hingewiesen werden,
dass die oft etwas wirren und
kürzlichen Debatten ein Zeichen leidenschaft-
lichen Interesses sind. Wenn nichts Positives
herauskam (beim Neben kann überhaupt nichts
herauskommen), so kam doch etwas herein;
es ist offenbar zum erstenmal gelungen, über
eine formelle Behandlung der einzelnen Fra-
gen hinauszukommen und, wenn auch vorerst
sehr beiläufig den Kern der Aufgaben anzu-
rühren. Es gab viel Kritik und viel Wider-
sprüche; aber noch niemals empfand man so
klar, daß Kritik und Gegenkritik von einem
ganz starken Eifer getragen waren, das beiden
Teilen gemeinsam war. Und wenn es sonst
vielleicht ein Gemeinplatz ist, daß die schärfsten
Gegner persönliche Freunde seien und einander
nach der Debatte die Hand zu gemeinsamer
Arbeit reichen können, so ist es diesmal ganz
klar in Erscheinung getreten.

Die Tagung war fast ausschließlich von der
Debatte über Galutharbeit beherrscht. Die
Politik des jüdischen Nationalrates wurde auf
Herz und Nieren geprüft. Charakteristisch ist,
dass die Redner der Hapoel Haza'ir, die
Anhänger der lauteften Rufen im Kreise wa-
ren, einstimmig angenommen wurden, daß aber
der größte persönliche Erfolg, den ein Redner
sich holte, dem Präsidenten des Nationalrates
Dr. Singer zufiel. Er verstand es allen
Delegierten die Überzeugung beizubringen, daß
er nicht nur nach bestem Wissen und Gewis-
sen gearbeitet habe, sondern das der Natio-
nalrat überhaupt alles geleistet habe, was un-
ter den gegebenen Voraussetzungen geleistet
werden konnte. Es hat jedenfalls wohlthätig
gewirkt, daß nach zweieinhalb Jahren der Zio-
nistentag Gelegenheit hatte, auch die Fragen
der Politik zu erörtern. Das Ergebnis der
Aussprache war, daß die bisher bestehende
organisatorische Scheidung der politischen von
der übrigen zionistischen Arbeit aufrecht er-
halten wurde, daß aber Dr. Singer und Dr.
Goldstein ins Zentralkomitee gewählt wurden,
dem sie auch für ihre Politik verantwortlich
sind.

Für die Fragen der Palästinaarbeit hatte
dieser Zionistentag sehr wenig Zeit. Es
wird notwendig sein, durch eine gründliche Vor-
bereitungsarbeit die jüdische Öffentlichkeit un-
seres Staates auf die Fragen des Palästina-
aufbaues und auf den Zionistenkongress hin-
zuweisen, der im Späthommer dieses Jahres

II. tschechoslowakischer Zionistentag.

27. und 28. März in Brünn.

Erster Tag:

Im ganzen waren 89 Delegierte er-
schienen und zwar aus Mähren und Schlesi-
en: Dr. Feldmann-Brünn, Frau Berta Schnabl-
Brünn, Otto Reich-Brünn, Ing. Siegmund
Spitz Hapael Haza'ir-Brünn, Dr. Adolf Grün-
feld-Brünn, Ing. Max Singer-Brünn, Prof.
Arnold Herrmann-Freudenthal, Leop. Schütz-
ler-Göding, Fritz Braun-Brünn, Ernst Havel-
Gaya, Dr. Viktor Grünwald-Brünn, Dr. Jos.
Rufstein-Mähr.-Odrau, Dr. Hugo Herrmann-
Mähr.-Odrau, Leo Krieger-Mähr.-Odrau,
Jacques Krieger-Mähr.-Odrau, Frau Migi
Löwy-Mähr.-Odrau, Oberlehrer Ferdinand
Kron-Mähr.-Odrau, Prof. Dr. Alfred Engel-
Mähr.-Weißkirchen, Paul Hein-Mähr.-Odrau,
Dr. Viktor Mähr.-Odrau, Josef Grünberger-
Olmütz, OGH Dr. Meißner-Olmütz, Frau
Else Schöner-Olmütz, Direktor B. Kraus-
Oberberg, Frau Käthe Niesenfeld-Prerau,
Ing. Ernst Fischer-Prerau, Dr. Robert So-
nennmar-Prerau, H. Goldschmidt-Prerau,
Fritz Stedelmacher-Prerau, Rabbiner Dr.
Leopold Goldschmidt-Prerau, Gustav Fingi-
Troppau, Karl Weinreb-Troppau, Dr. Gust.
Kohn-Troppau, David Mähr.-Tsched.-Tsched.,
Ignaz Brunn-Ing.-Bröb, Ing. Karl Klein-
Ing.-Bröb, Friedrich Frantel-Ing.-Bröb, Jos.
Wagner-Ing.-Bröb, Hans Nebenwurzel-Stras-
niz, Chem. Josef Epfinger-Welschitz,
aus Böhmen: Dr. Hugo Wid-Weißitz, Dr.
Moriz Singer-Weißitz, Dr. Arthur Freund-Weiß-
itz, Dr. Alfred Löwentheim-Karlsbad, F.
Brummel-Matthau, Fr. Friedmann-Kolin, Ing.
Thein-Komotau, Dr. Emil Margulies-Leit-
meritz, Robert Janta-Nachod, Prof. R. Fisch-
Rissen, Norbert Albert-Prag, Olga Boback-
Prag, Ernst Freund-Prag, Arthur Kauders-
Prag, Alexander Feig-Prag, Dr. Angelo
Goldstein-Prag, Norbert Meißner-Prag,
Eduard Neuwitz-Prag, Georg Langer-Prag,
Dr. Robert Herrmann-Budweis, Prof. Dr.
Oskar Epstein-Prag, Hapael Haza'ir, M.
Epinger-Hapael Haza'ir, Schreibmann-Hapael
Haza'ir, Dr. Felix Nezel-Prag, Dr. Ludwig
Singer-Prag, Ing. Slonitz-Prag, Emil Wal-
stein-Dobruška, Otto Jander-Prag, Ernst Zwi-
der-Prag, Dr. Fritz Hahn-Teplitz.

aus der Slowakei: Dr. Jurek Robert,
Dr. Konrad Arad-Bratislava, Martin Szko-
res-Faragata-Bratislava, Dr. Ferkstein-Bresov,
Kolber Mark-Bresov, Hermann Richtig-Bresov,
Emil Preiß-Bresov, Springer Eijig-Bresov,
Geza Haas, Adolf Reichenthal-Tnava,
Martin Klein-Bella Bytca, Adolf Trostler-
Bella Bytca, Julius Vinkenberg-Bella Bytca,
Rudolf Braun-Jilina, Dr. Eugen Groß-Jilina,
Siegmund Bipa-Jilina, Malvine Neubauer-
Jilina, Gutmann Mor-Bella Sessius, und 3
Vertreter des Misrahi.

Alexander Feig begrüßt in hebräischer
Sprache den zweiten tschechoslowakischen Zio-
nistentag und gedenkt in seiner Rede des ge-
fallenen Trumpeldor. (Die Versammlung er-
hebt sich.) Norbert Adler begrüßt als stell-
vertretender Obmann im Namen des Exe-
kutivekomitees tschechisch den Zionistentag,
beißt alle herzlich willkommen, insbesondere
die Gäste Dr. Chaim Tartakower vom em-
pfindlichen Zentralkomitee des Hapael Haza'ir
Wien, den Vertreter des Misrahi Nichtig,
den Vertreter des jüdischen Nationalrates in
Prag Markus Ungar. Er gedenkt in seiner
Rede unserer Toten, namentlich der ukraini-
schen Pogromopfer. Er verliest die eingela-
senen Begrüßungstelegramme des Londoner
Exekutivkomitees, des jüdischen Zentral-
komitees Warschau, der tschechoslowakischen
Jorianer vom 60. semestralen Stiftungsfeste

Wien, der zionistischen Vereinigung für
Deutschland Berlin, des jüdischen Landes-
komitees für Österreich, der tschechoslowaki-
schen Chazuzim in Palästina, die Entschuld-
igungsschreiben des Dr. Jedermann-Pfizen, Dr.
Sipos-Bratislava und erklärt den Zionisten-
tag für eröffnet.

Auf Vorschlag Jander werden für das
Bureau gewählt: fürs Präsidium Gustav
Fingi, Dr. Emil Margulies, Dr. Ludwig
Singer, Dr. Ferkstein, Mor. Gut-
mann, als Schriftführer die Herren Dr. Arthur
Freund (deutsch), Dr. Oskar Epstein (hebräisch)
und Fr. Friedmann (tschechisch).

Gustav Fingi übernimmt das Präsi-
dium dankt dem Zionistentag für das Vertrauen
und erklärt, daß er sich bemühen wolle, volle
Objektivität walten zu lassen; er hofft auf
die Unterstützung aller Teilnehmer, um den
Zionistentag zu einer würdevollen Kundgebung
des tschechoslowakischen Zionismus zu gestal-
ten. Er erteilt das Wort Dr. Josef Ru-
fstein, der in hebräischer Sprache dem Zio-
nistentag die Grüße des tschechisch-slowakischen
Distriktes übermittelt und ihm einen glänzenden
Vorlauf wünscht. Nichtig überbringt die
Grüße für Misrahi und der tschechoslowakischen
Judenchaft Professor Dr. Oskar Epstein
überbringt eine Erklärung der Hapael Haza'ir,
die als Fraktion in die zio-
nistische Organisation eintritt.

Für den Legitimationsausschuss schlägt Dr.
Josef Rufstein folgende Herren vor: Ernst
Freund, Dr. Hugo Herrmann, Dr. Jurek,
Markus Kolber, Ing. Eijig.

Vorsitzender Fingi will, da das abtre-
tende Zentralkomitee im „Jüdischen Volks-
blatt“ seinen Rechenschaftsbericht abgedruckt
hat, den einzelnen Referenten nur zu kur-
zen Erklärungen das Wort geben: dann würde
gleich zur Debatte geschritten werden. Da eine
vollständige Präsenzliste noch nicht vorliege,
so könne die Permanenzkommission erst nach
dem Referat des Legitimationsausschusses ge-
wählt werden. Die Berichte des Palästina-
amtes, das Chazuzimreferat, Referat über Re-
zen Hapael und Lage im Zionismus sollen
am Montag Vormittag gemeinsam erörtert
werden.

Für das abtretende Exekutivkomitee er-
greift nun Norbert Adler zu seinem Bericht
das Wort. Er will zeigen, daß nur ein
Teil des Programmes, welches sich das
Zentralkomitee gestellt hat, erfüllt wurde,
woran nicht zum geringen Teile die mangelnde
Unterstützung seitens der Zionisten schuldtra-
gend ist. Das Zentralkomitee hat es sich
zur Aufgabe gemacht, in erster Reihe den
Kontakt mit den einzelnen Teilen der Re-
publik zu schaffen, da bis dahin die einzelnen
Distrikte ziemlich unabhängig voneinander ge-
lebt haben. Das Zentralkomitee wäre über-
zeugt gewesen, daß ein gemeinsames Werk
nur durch den persönlichen Kontakt herbeige-
führt werden könnte, wobei in erster Linie
an einen Redneraustausch gedacht war, wel-
cher Austausch vollkommen mißglückt und zum
großen Teil an dem mangelnden Arbeits-
willen der Bestimmungsgenossen gescheitert sei.
Er stehe auf dem Standpunkt, daß neben den
bewegenden Problemen des Tages nur ein
palästinazentrischer Zionismus etwas erreichen
kann und in diesem Sinne bittet er seine
Nachfolger, seine Arbeit fortzusetzen. Da der
Obmann des Exekutivkomitees Herr Thein aus
Gesundheitsrücksichten seine Stelle niederge-
legt habe, habe er (Norbert Adler) die Ge-
schäfte weiter geführt und er bitte Herrn Thein
von dieser Stelle aus den Dank abzusprechen.

Er schlägt die Schaffung eines neuen Di-
striktskomitees für die Podkarpaten Rus und
die Aenderung des Organisationswesens vor
und hofft, daß diese Vorschläge angenommen
werden. Zum Schluß macht er noch darauf
aufmerksam, daß der Kongress im August statt-
finden werde und er bitte den Zionistentag,
auch in dieser Frage Stellung zu nehmen, damit
London benachrichtigt werden kann.

Dr. Hugo Herrmann (zur Geschäftsor-
dnung): Die Debatte über die Verord-
nung möge nach Möglichkeit zusammengefaßt werden; so-
wohl für Berichterstatter als auch für De-
batter soll eine Redezeit festgelegt werden:
Referenten 15 Minuten, Debatter fünf Minu-
ten. (Ingenommen).

Zum Bericht über die Pressekommission
ergreift Dr. Hugo Herrmann das Wort.
Der erklärt, zu seinem gedruckten Bericht nichts
hinzufügen zu wollen. Die Debatte die sich
an dieses Referat schließt, beschäftigt sich mei-
stens mit der Presse, wiewohl der Referent
erklärt, daß die Pressekommission eigentlich
mit der Presse nichts zu tun hätte, da die
Pressekommission nur dafür Sorge zu tragen
hat, daß Broschüren, Propagandamaterial
und zionistische Literatur in das breite Publi-
kum getragen werden. An der Debatte be-
teiligen sich M. Epfinger, Prof. Dr. Epstein,
Jander, wobei Professor Epstein den Vorschlag
bringt, eine Kommission zu wählen, die über
die Möglichkeiten berät, einzelne Zeitungen
zusammenzulegen und dem Zionistentag Vor-
schläge zu machen. Og. Fingi hält dann
man möge dem neuen Zentralkomitee anheim-
fallen, die Zeitungsfrage zu regeln.

Für die Kultusgemeindefunktion be-
greift Gustav Fingi. Der Referent spricht
den Wunsch nach der Schaffung eines em-
heitlichen Gemeindebundes für den ganzen
Staat aus. Vorläufig existieren der „Soaz“
in Pardubitz, der mährische Landesverband in
Mähr.-Odrau, der schlesische Landesverband
in Troppau. Die Verhältnisse in Böhmen
seien sehr trübe, es seien bereits Schritte un-
ternommen worden, um auch vom Präsidium
des Nationalrates die Schaffung eines Ge-
meindebundes einzuleiten. In Prag wurde
am 11. April eine Tagung verschiedener jü-
discher Organisationen stattgefunden, wozu sich
mit der Frage beschäftigten soll, ebenso der für
Přibitken einberufene Gemeindefest. In
der Debatte sprechen Norbert Adler, Dr.
Schindler-Gaya, Emil Weissstein, welcher
er auf den großen Gegensatz hinweist, der
zwischen den Assimilanten und den Zionisten
herrscht, und meint, daß sich sowohl zio-
nistische als auch assimilierte Organisationen
wären, um gegen den Zionismus aufzu-
treten. Jedenfalls wäre er vorläufig nur für
die Schaffung eines Gemeindebundes für
Böhmen, Mähren und Schlesi-
en, indem er der Schwierigkeiten in der Slowakei gedenkt.

Zum Nationalfondsausschuss ergreift Dr.
Ferkstein das Wort. Der Nationalfondsausschuss
Raffa das Wort, spricht über die Bedeutung
des jüdischen Nationalfonds und schlägt vor
Resolutionen zur Annahme vor. Die Be-
handlung der Resolutionen wird der Perma-
nenzkommission zugezogen. Aus diesen wäre
hervorzuhoben die Schaffung einer Wohlthätig-
keits-Lotterie zu Gunsten des jüdischen Na-
tionalfonds und die Schaffung einer land-
mannschaftlichen Siedlung in Palästina. In
der Debatte bespricht Dr. Goldstein die So-
zialistischer Lotterie, Dr. Margulies wendet sich
gegen landmannschaftliche Siedlungen und
steht auf dem Standpunkt, daß man in der
Kolonisation Palästinas dem Exekutivkomitee
in London nicht hineinschreiben dürfe. So-
zialistischer Lotterie, Dr. Margulies wendet sich
gegen die Arbeit im Nationalfonds. Es
wäre für eine Propaganda von sozialistischen
und völkischen Standpunkt in erster Linie
für die Schaffung von Kinderkassen, welche

den Juden dieses Landes Gelegenheit, ihr In-
teresse und Verständnis für die Kernfrage des
Zionismus, den Aufbau Palästinas, zu be-
weisen.

den Jüdischen Nationalfonds der Kinderseele näher bringen soll. Auch wäre er für eine Inventurierung der Büchersammlung. Müller (Bratislava) wendet sich gegen den Nationalfonds, weil von ihm Handlungen unterkommen würden, welche die gesetzestreuen Juden verletzen; er bittet, daß vom Nationalfonds nichts gezeichnet möge, was die konfessionellen Juden abstoßen könnte. Dr. Josef Rufeisen: Die Zahl der Sammelmittel könne nie groß genug sein. Wer für den Nationalfonds gearbeitet hat, weiß, daß sich, je mehr Sammelmittel einem zur Verfügung stehen, desto mehr Gelegenheit zum Sammeln bieten. Der Ausbau der Sammelmittel sei zu wünschen. Er habe die Erfahrung gemacht, daß gerade durch die Materialien große Summen herbeigebracht werden. Er verspreche sich viel mehr von der intensiven Tätigkeit jedes einzelnen Zionisten als von psychologischen oder pädagogischen Problemen: Arbeiten Sie jeder, leeren Sie jeder in zehn Häusern die Bücherei, dann werden Sie sehen, daß Sie Erfolg haben werden. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Müller, indem er darauf hinweist, daß die Nationalfondskommission jederzeit Rücksicht auf die religiösen Empfindungen der Juden genommen habe. Frau Miri Löwy steht auch auf dem Standpunkt, daß es nie ein Fehler sei, wenn viel Sammelmittel vorhanden seien, man solle keinen Anstoß, weder einen freudigen noch einen traurigen vorübergehen lassen, ohne für den Nationalfonds zu sammeln, weil gerade solche Anlässe so ohne Resultate erzielen und sehr viel mehr Propagierung der Nationalfondsidee beitragen. In der Debatte sprechen noch Dr. Herzstein zur Portier, Dr. Lebenhart zur landmannschaftlichen Siedlung, Klein, Haas, Ernava (Mierach), Dr. Goldstein, worauf Sekretär Kaffa das Schlusswort hält.

Für den Legitimationsausschuß berichtet Ernst Freund, daß sämtliche Mandate als gültig anerkannt wurden. Es seien bisher 81 Delegierte amende, und zwar aus Mähren und Schleien 32, Böhmen 23, Slowakei 18, Gaspel Gazair 3, Misrahi 3, doch dürfen noch einzelne Delegierte eintreffen.

Korbert Adler ist nicht in der Lage, die Herren vom Misrahi als Delegierte anzuerkennen, sondern nur als Gäste, weil keine Erklärung vorliegt, daß sich der Misrahi dem Zentralkomitee unterstellt hätte, was ja auch ausgeschlossen sei, da Misrahi eine eigene Föderation wäre.

Dr. Ludwig Singer beantwortet ein Dubitationstelegramm an den Präsidenten Masaryk in tschechischer Sprache, das sofort abgesandt werden sollte. Dieser Antrag wird mit härmlichem Beifall angenommen.

Sein-Neuttschein beantragt, daß sämtliche Anträge dem Permanenzausschuß überwiesen werden sollen. Korbert Adler berichtet, daß das Zentralkomitee die Bildung eines Permanenzausschusses nicht in Aussicht genommen habe, sondern die mehrerer Kommissionen, die erst nach Anhörung des Berichtes des Legitimationsausschusses gewählt werden sollen. Dr. Hermann ist nicht für die Schaffung mehrerer Kommissionen, sondern für einen Permanenzausschuß. Dieser Ansicht schließt sich der Zionistentag an.

Das Jugendreferat erstattet Dr. Lebenhart. Zuerst behauptet, daß die Redezeit gekürzt sei, denn die Jugendfrage sei die Kernfrage der Partei. Es handle sich nicht darum, ein Jugendreferat zu halten, nicht einen Jugendsekretär anzustellen, sondern um eine Jugendbewegung. Man müsse der Jugend ideologische Arbeit bieten, die in der letzten Zeit von der Partei total vernachlässigt wurde. Die bloße praktische Arbeit, die bloße Geschäftigkeit reize die Jugend ab.

Professor Dr. Engel: Jedes Volk hat Unterrichts- und Erziehungsideale. Dem jüdischen Volke sind sie seit Jahrhunderten abhand gekommen. Man könne die Erziehungsfrage nicht in einer Viertel- und nicht in einer halben Stunde erledigen. Dazu brauche man Wochen und Monate. Man müsse die jüdische Schulbewegung in Fluß bringen. Er warnt davor, nur in der Turn- und Sportbewegung das Heil der Jugend zu suchen. Im übrigen tage morgen (am Montag, den 28.) die Lehrerkonferenz und er bitte, deren Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Man möge sich nur eines vor Augen halten, daß wir mit allen Hilfsmitteln zu Ende sind, wenn wir nicht jüdische Erziehungs-, Unterrichts- und Lehrinstitute schaffen. Professor Dr. Epstein: Der Grund des Rückganges in der Jugendbewegung sei darin zu suchen, daß der Zionismus an Konsequenz eingebüßt hat. Für Gaspel Gazair sei die hebräische Sprache ein Symbol und man müsse es so weit bringen, daß am nächsten Zionistentag nur hebräisch gesprochen werde und daß die fremden Reden ins Hebräische überetzt werden sollen. Er mache auch

auf die neuen jüdischen Jugendblätter, die in Prag erscheinen, aufmerksam. (Der Redakteur, Prag, Dlouha 22.) Fräulein Newell unterstützt die Überzeugung aus, daß wir die Jugendarbeit intensivieren müssen. Das wichtigste Element sei die jüdische Schule und die jüdische Kinderheimstätte, an der die Betätigung zionistischer Kreise gleich Null sei. Die Assimilanten leisten die ganze Arbeit und benützen diesen Umstand, um im entgegengesetzten Sinne zu arbeiten, so daß die ganze Arbeit in Gefahr ist. Sie appelliert daher an die Zionisten, sich mit allem Interesse dieser Frage zuzuwenden. R. Spitzer (Gaspel Gazair) betrachtet den Zionistentag nicht als die Tribüne, auf der solche Referate gehalten werden sollen. Für ihn zerfällt das ganze Problem in zwei Teile. Erstens: wie hat sich die Jugend zur jüdischen Politik zu stellen, und zweitens in das Problem der jüdischen Schule. Die jüdische Schulpolitik könne nie einen Erfolg haben, so lange die Schule von Gnaden der Gesetzgebung gemacht wird. Eine jüdische Schule könne nur auf jüdischem Boden basieren. Man wird eine jüdische Bewegung nicht schaffen, sie wird von selbst entstehen. Professor Dr. Engel würde es für eine Unverantwortlichkeit seinerseits halten, nichts zur Entgegnung zu sagen. Es sei sehr schön und loblich, wenn sich junge Leute begeistern. Herr Spitzer wisse nicht, mit welchen Schwierigkeiten im kleinen und großen man sich auseinandersetzen habe. Wenn es ihm nur möglich gewesen wäre, eine einzige Schule, zum Beispiel in Friedberg oder Mähr.-Odrau oder das jüdische Realgymnasium in Wien, zu sehen, dann hätte er zu keiner Korrektur seiner Ansicht kommen müssen. Was eine Generation durch 30 Jahre vernachlässigt hat, könne man nicht in zwei Jahren ausmerzen. Es sprechen in der Debatte noch Dr. Epstein und Dr. Spitzer. Das Schlusswort hat der Referent Dr. Lebenhart.

Zum Kassabericht spricht Ing. Slonik.

Nur schreibt man an die Wahl des Permanenzausschusses. Es liegt ein Antrag vor, in den Permanenzausschuß je fünf Mitglieder eines Distriktes, drei Mitglieder von Gaspel Gazair und ein Mitglied für die Podlarpaiska Rus zu wählen. Dr. Feldmann (Brinn) beantragt nur zwei Mitglieder pro Distrikt. Der Antrag wird abgelehnt. In den Permanenzausschuß werden gewählt für Böhmen: Dr. Goldstein, Dr. Reisel, Dr. Widmann; für Mähren: Dr. Dr. Margulies, Zuder; für Galizien: Dr. Feldmann, Dr. Altar, Paul Hein, Dr. Herrmann, Gustav Jizgi; für die Slowakei: Dr. Jurebi, Dr. Ronder, Dr. Herzstein, Emil Neumann, Adolf Reichenthal; Podlarpaiska Rus: Guttmann Mor; für Gaspel Gazair: M. Epstein, Dr. Grünfeld, Adolf, Ing. Siegfried Epstein. Schluß der Sitzung 1/8 Uhr abends.

Nachsichtigung: Auf der Tagesordnung steht das Referat über Galutharbeit. Der Referent M. Spitzer führt aus: Troßdem in der Tschechoslowakei so aktive Politik getrieben wird, habe man sich doch nirgends so wenig über die Art und Weise dieser Politik auseinandergesetzt, wie gerade bei uns. Es existiere in der Galuth kein jüdisches Volkstum, für das man besondere Rechte fordern könnte. Man müsse erst dieses Volkstum schaffen. Es ginge nicht an, die Galutharbeit auf eine formal-rechtliche Arbeit zu beschränken. Es zeige sich, daß dieselben Leute, die im Jahre 1918 und 1919 die Anhänger des jüdischen Nationalrates waren, daß diese Anhänger-schaft immer mehr und mehr abfalle und daß dieser Abdrückungsprozess nicht momentan aufhöre, sondern noch größer werde. Das mache die abnormale Lage der Juden. Trotz der Emanzipation habe sich die psychologische Struktur der Juden nicht geändert. Die Juden bilden nach wie vor eine wirtschaftliche Kaste, eine wirtschaftliche Kaste sei aber auf die Dauer keine Gewähr für die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Existenz. Durch die Sozialisierung, durch die fortschreitende Organisation der zentralen Gütervermittlung werden die Juden in den Gütervermittlungsbereichen nicht bleiben können. Die nationale und gewerkschaftliche Konkurrenz entziehe den Juden den Boden, daher die Auswanderung aus kleinen in die größeren Städte. Es sei unmöglich, auf der Grundlage unserer jetzigen wirtschaftlichen Struktur das Judentum zu erhalten, wenn man nicht zu radikalen Mitteln greife. Dieses radikale Mittel bestehe in der Berufsumschichtung. Er wisse, daß in dem Rahmen der heutigen Tagung der gesamte Komplex nicht erledigt werden könne, es sei aber notwendig, die Prinzipien der Galutharbeit durchzuführen. Er glaube nicht an den Bestand einer jüdischen Schule, wenn nicht das jüdische Volksleben geschaffen werde. Hier dürfe keine Stützarbeit geleistet werden. Man müsse tatsächlich die Juden in der Galuth zum großen Teile zu produktiven Arbeiten

überführen. Er beantragt ein jüdisches Arbeitsamt, jüdische Berufsberatung, ambulante Berufsberatungsdienste, die kleine Orte besuchen, Lehrwerkstätten mit Lehrlingsheimen, die Schaffung von Lehrplätzen, die Regelung der jüdischen Wanderung innerhalb des Landes, die Anlage von jüdischen Dörfern im Inlande, die Landwirtschaft getrieben werde. Zur Finanzierung dieses ganzen Problems soll eine Bank geschaffen werden. Diese jüdische Bank müsse unter der Kontrolle der zionistischen Organisation stehen. Referent wendet sich dem jüdischen Nationalrat zu. Die Galutharbeit, die jetzt besteht, sei nicht befähigt, die von ihm vorgeschlagene Arbeit zu tun, weil sie nicht getragen werde von dem Willen der zionistischen Organisation. Der jüdische Nationalrat müsse auf demokratische Weise gewählt werden. Diejenigen jüdischen Organisationen und Parteien, welche die Renaissance des jüdischen Volkes auch in der Galuth bejahen, haben in den Nationalrat Delegierte zu entsenden.

Dr. Herzstein (Presob) hält eine Berufsumschichtung für unmöglich. Dr. Gustav Kohn: Die ganze Frage der Galutharbeit, wie sie vom Referenten gestellt wurde, rührt an der alten Frage der Galuthvereinigung oder Galuthbeziehung. Damit hat man sich hier schon vor 20 Jahren auseinandergesetzt. (Zwischenruf Dr. Margulies: seit dem Dönmayer Zionistentag). Die Überzeugung, daß eine reifliche Lösung der Judenfrage in der Galuth infolge der abnormen soziologischen Struktur des jüdischen Volkes unmöglich sei, habe eben zum Zionismus geführt. Alles was hier an Galutharbeit getan werde, sei nur Palliativarbeit, Stützarbeit. Die Anlage von geschlossenen jüdischen Dörfern halte er für ganz ausgeschlossen, weil der eventuell freiwerdende Boden den Legionären zugeteilt werden müsse.

Dr. Angelo Goldstein verteidigt die Politik des N. R. gegen die Einwürfe des Referenten. Die Politik des N. R. sei in erster Linie der Abwehr der Angriffe von außen gewidmet. Man dürfe den Erfolg der Anerkennung der jüdischen Nationalität in der Tschechoslowakischen Republik nicht unterschätzen, das ganze, wonach wir gestrebt haben und mit Erfolg gestrebt haben, ist daß die Juden den Namen verdienen, Juden zu sein. Man frage hier, wenn der J. N. R. Rechenschaft schuldig ist, Redner glaubt, daß jedes zionistische Mitglied des N. R. dem Zionistentag Rechenschaft geben werde. (Heftige Zwischenrufe von Dr. Epstein und Morische Spitzer veranlassen den Redner, zu schweigen. Prof. Dr. Engel will die Schwierigkeiten feststellen, die sich z. B. dem Schulwerk entgegenstellen, daß unsere Forderungen nicht ihre Objektivität der Verhandlungen gefunden haben, die wir erreichen wollten; man hätte sich erst in diesem Staat, nach Überwindung von Bergen der Schwierigkeiten, den Weg bahnen können. Dr. Goldstein (zur Geschäftsordnung) beantragt Befristung der Redezeit auf 10 Minuten. Es sprechen in der Debatte noch Springer (jüdisch), Korbert Adler, Dr. Epstein, Dr. Josef Rufeisen, Emil Waldfeld (tschechisch), Dr. Alfred Löwenstein für eine Gründung der Föderation Binjam Haareg. Um 1/4 Uhr früh wird die Sitzung infolge der eingetretenen Sperrstunde geschlossen.

Zweiter Tag.

Beginn der Sitzung hat 10 Uhr vormittags. Die Referate über das Palästinaamt, Chaluzreferat, Keren Hajosd-Referat werden zusammengefasst. Alexander Feig berichtet über die Tätigkeit des Palästinaamtes. Dr. Alter spricht über die Wichtigkeit der Ausbildung der Chaluzim, die um dieselbe Zeit eine Tagung in Tepitz-Schönau haben, und schlägt zwei Resolutionen vor. Der Zionistentag nimmt die Bildung des Chaluzverbandes für die Tschechoslowakei mit dem Sitz in Tepitz-Schönau zur Kenntnis und anerkennt ihn als die Vertretung der Chaluzim in der Tschechoslowakei. Ebenfalls Chaluzim betreffend, im Einvernehmen mit dem Chaluzverband zu treffen. Der Zionistentag fordert das neuwählende Palästinaamt, die bei der Leitung der Weltorganisation die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die für Ausbildung, Ausrüstung und Niederlassung unheimlicher Chaluzim notwendigen Mittel aus den Mitteln des Keren Hajosd gemäß den Bestimmungen beigesteuert werden.

Dr. Herrmann will nur die allgemeinen Grundlagen des Keren Hajosd auseinanderlegen, während Emil Waldfeld mehr das Spezielle behandeln soll. Er spricht über das Lage in Palästina, die bald an der rasanten Übermächtigkeit des Keren Hajosd. Er streift die Fragen der Londoner Jahres-

konferenz und bespricht die Umgestaltung der Exekutiv. Die Entwicklung wird immer deutlicher und klarer. Die Richtung wird repräsentiert durch Weizmann, es wird die Arbeit der Kulturarbeit in Palästina und die Betonung einer raschen und klaren Arbeit. Nach kurzen Worten über die Mandatsbestimmungen wendet er sich nun der Arbeit für den Keren Hajosd in dem Distrikt Mähren und Schlesien und Nordböhmen zu. Er gibt Ziffern über die bisherigen Ergebnisse. Die Erfahrung habe gelehrt, dass wenn die Zionisten nicht vorangehen, von den anderen nichts zu erwarten sei.

Emil Waldfeld spricht über die eigentliche Organisation der Keren Hajosd. Er erhält in der Tschechoslowakei zwei Büros, eines in Prag, eines in Mähr.-Odrau. Bei Deutschböhmen dem Bureau von Mähr.-Odrau untersteht wurde, doch sollte Doktor Emil Margulies die Aktion vorbereiten. Die Propagandaaktion war gedacht als eine bei der zionistischen Öffentlichkeit und eine bei der nichtzionistischen Öffentlichkeit. Der Grund, warum das Hauptgewicht darauf gelegt, die Bestimmung des Maßes durchzuführen. Er bezeichnet den Keren Hajosd als einen Präzedenzfall des Zionismus. Der Grund, warum die nichtzionistische Bevölkerung in der Tschechoslowakei so schwachen Anteil nehme, beruht in der Uniformität in der zionistischen Literatur, die zum großen Teil deutsch sei und von vielen Juden infolgedessen nicht verstanden werde. Es wäre daher notwendig, sowohl die tschechische als auch die deutsche Parteipresse so zu gestalten, damit sie lesungsfähiger werde und auch diesen Anforderungen entspreche.

Dr. Goldstein: Die mitgeteilten Zahlen könnten nicht befriedigen. Er möchte vorfragen, daß diejenigen Zionisten, die ihre Pflicht nicht erfüllen, aus der Partei gestrichen würden. Er wünscht, daß die neue Leitung der zionistischen Weltorganisation begrüßt werde, daß wir ihr das Vertrauen aussprechen und das Ergebnis ablegen, alles das zu erfüllen, wozu wir verpflichtet sind.

Guttmann Mor (jüdisch) überbringt Grüße der Judenchaft aus der Podlarpaiska Rus. Er erhebt Vorwürfe gegen die Leitung, weil in Palästina Handlungen unternommen werden, welche die gesetzestreue Judenchaft verletzen. Er wünscht, daß die Exekutiv aufgefordert werde, dahin zu wirken, daß nichts beim Aufbau Palästinas unternommen werde, was die traditionellen und religiösen Gefühle der Judenchaft verletzen könnte, und fernerhin, daß jeder Zionist veranlaßt werde, sein Leben so einzurichten, daß es mit den Forderungen des traditionellen Judentums in Einklang gebracht werden könnte.

Dr. Josef Rufeisen (zur Geschäftsordnung) beantragt Befristung der Redezeit auf fünf Minuten. (Angenommen.)

Dr. Reisel wünscht, daß der Zionistentag sämtliche Ortsgruppen und Vereine beauftragte, in den folgenden drei Monaten alle Veranstaltungen und Aktionen fallen zu lassen und sich nur in den Dienst des Keren Hajosd zu stellen. Dr. Epstein: Man müsse über Palästina besser informiert sein. Er wendet sich gegen die Art, wie Dr. Hermann die Verhältnisse in Palästina dargestellt hat. Der Geist, der hier herrscht, der wirt in Palästina nach. Er beantragt im Namen des Gaspel Gazair folgende Resolution: Der Aufbau Gaspel Gazair erfordert in erster Linie ein Menschenmaterial, das körperlich und geistig vorbereitet ist, es die schwere und verantwortungsvolle Arbeit in allen ihren Formen selbst mit Aufopferung der eigenen Person auf sich zu nehmen. (Chaluzim).

Alle unsere politischen Erfolge werden ihres Wertes und ihres Inhaltes beraubt, wenn das jüdische Volk die erlangten politischen Rechte nicht zum realen Aufbau des Landes verwendet. Aus diesem Grunde ist die hauptsächlichste Forderung nicht nur des gegenwärtigen Augenblicks, sondern überhaupt des ganzen zukünftigen Aufbaues, daß die Alija von Chaluzim in immer verstärktem Maße stattfinden. Der Zionistentag ist fest, daß alle Beschränkungen und Dilemmen der Alija der letzten Zeit bereits ernstlich politische Gefahren heraufbeschworen haben, die das bisher im Lande erreichte auf das Schwierigste gefährden.

Der zweite tschechoslowakische Zionistentag fordert daher: a) Beschleunigung, die zur Drosselung der Alija in letzter Zeit geschähen haben und noch fortwähren müssen so rasch aufgehoben werden. Auch die Beschleunigung der Alija müsse noch mehr die geschilderten Mittel für einen systematischen Aufbau von Gaspel Gazair, Keren Hajosd und der Grund zur Drosselung der Alija sein. Der Geldmangel

aus wiederum für jeden einzelnen Zionisten und für die oberste Leitung ein Ansporn werden, an das jüdische Volk zu appellieren, die Mittel für den Aufbau und die Machterweiterung anzubringen.

In zweiter Hinsicht hat der Zionistenkongress von der Obersten Leitung, daß die Machterweiterung des jüdischen Volkes die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn ohne Macht ist der jüdische Aufbau des Landes, der durch den Zionistenkongress gewährleistet werden soll unmöglich.

Der zweite jüdische Zionistenkongress gibt seiner Meinung Ausdruck, daß der Zionistenkongress die auf ihn gestellten Hoffnungen, das Finanzinstrument des Aufbaues zu werden, erfüllen werde, wenn die Werberarbeit einen ausgesprochenen demokratischen Charakter tragen und von allen Schichten des jüdischen Volkes als nationales Opfer gefordert werde.

Zu diesem Zwecke ist es dringend erforderlich, daß die jüdische Organisation in die breiten Massen des jüdischen Volkes die Kenntnis von den wirklichen Verhältnissen in Erez Israel trägt und diese in Bezug auf die jüdische Lebensaufgabe des jüdischen Volkes zu sehen.

Ing. Max Singer wünscht, daß die bezeichneten Gelder so schnell wie möglich eingezahlt werden können. Langer hat die Anträge Guttmanns abzulehnen. Neumann führt aus: Während man in Böhmen, Mähren und Schlesien nur gegen die Interesslosigkeit der Juden zu kämpfen habe, hätten die Zionisten in der Schweiz mit den heftigsten Gegnern zu ringen. Die Rabbiner machen von der Kanzel Propaganda gegen alles, was mit dem Zionismus zusammenhängt. Er möchte daher bitten, daß die jüdische Organisation nichts unternehme, was gegen die Religion verstoßen könnte. Wichtig bittet, daß im jüdischen Geiste vorhanden werde. Es freut ihn, konstatieren zu können, daß der Vorsitzende der Tagung die Gefühle der religiösen Judentum ehre, indem er mit bededtem Haupte präbire. Dr. Chaim Tartakower als Gast spricht über die Lage in Palästina. Er weist auf den großen Widerspruch hin, der zwischen der Theorie und der Praxis besteht. Die hebräische Sprache sei wohl offiziell anerkannt. In Prozessen herrsche aber noch immer das Arabische oder das Englische. Während die Araber von der Regierung Gehör bekommen, müssen wir unsere Sprache in die Hände der Engländer legen. Sie zu erhalten, das könne man sich erklären, daß die Engländer einsehen begreifen, daß wir von Palästina wo viel sprechen, aber nichts tun, um das Land zu erwerben. Es bestehe leider zwischen den Zionisten und Palästina gar kein Zusammenhang. Die Zionisten seien meist nicht einmal im Stande, die palästinensische Presse zu lesen. Schließlich handle es sich nicht nur um Geld, es handle sich vielmehr um unsere ganze Einstellung zu Palästina. Die Ereignisse in Palästina müssen unsere Herzen öffnen. Die Frage der Religion werde im Lande selbst geregelt werden. Es gebe schon heute sehr viele Leute im Lande auch unter den Arbeitern, die für die Religion Verständnis haben. Man sei seit davon überzeugt, daß mit dem Aufbau Palästinas auch die Religion aufleben werde. Der Ministerpräsident aus der Religion für Palästina man. Dadurch könne er für nur Schaden. Müller (Sekretär der Konferenz) führt aus, daß in Sachen des jüdischen Aufbaus beschlossen wurde, gemeinsame Sache mit der jüdischen Organisation zu machen. In der Tagesordnung sei das Problem dahin gestellt, daß die Blankscheide der Vermerk „Mit Rücksicht auf das, was man daraus erfahren könnte, in welcher Höhe sich Mistrach an den Zeichnungen beteiligt habe. Zum Schluß wendet er sich gegen die Ausführungen Guttmanns.

Die Delegierten Emil Frei, Marcel Kolber, Mor Guttman, Dr. Gershon, Doktor Reizen überreichen folgende Resolution: „Der Zionistenkongress von 1921 hat die Resolution erachtet es für nötig, daß von offizieller jüdischer Seite nichts unternommen werden soll, was die religiösen Gefühle des jüdischen Volkes verletzt und daß in jüdischen Instituten und Arbeiten der jüdischen Organisation auf die Gelehrte der Religion Rücksicht genommen werde. Der Zionistenkongress erhofft von einer durch die Einhaltung dieser Richtlinien erleichterten Beziehung aller jüdischen Organisationen, insbesondere der jüdischen Juden, denen der Aufbau Erez Israel ein wichtiges Anliegen ist, in der jüdischen Gemeinschaft zusammenzukommen, die auch nach den Intentionen der jüdischen Religion und der Mandatsmacht von allen Juden erwartet wird.“

Schluss der Vorkonferenz des Zionistenkongresses

In der Nachmittags-Sitzung wird die Debatte über die Galutharbeit fortgesetzt. Es spricht Ungar (als Gast im Namen des Nationalrates) und verteidigt dessen Politik, ebenso Artur Raubers. Professor Dr. Epstein wendet sich gegen die Tätigkeit des jüdischen Nationalrates, dessen Politik er Assimilationspolitik nennt. Er schließt mit der Forderung, daß die jüdischen Mitglieder des Nationalrates vom Zionistenkongress abgelehnt werden. Ing. Frieder steht auf dem Standpunkt der unbedingten Beziehung der Galutharbeit und spricht die Hoffnung aus, daß der Zionistenkongress den Nationalrat den Dank aussprechen wird. Nachdem noch Licht und Dr. Goldschmid zu dem Punkte der Galutharbeit sprechen, ergreift Dr. Ludwig Singer zu einer längeren Rede das Wort. Er bezeichnet es als eine Anomalie, daß das Referat über die innere Politik einem Mann übertragen wurde, der innere Politik nicht betriebe, sondern nur Politik sei. Der Nationalrat habe die Einladung bekommen, beim Zionistenkongress zu erscheinen. In den Zeitungen sei Kritik den jüdischen Nationalrat gegenüber geführt worden, nicht aber dem Zionistenkongress gegenüber. Die jüdischen Mitglieder des Nationalrates seien gerne bereit, hier zu erscheinen und Rechenschaft zu geben. Dann müsse man ihnen aber auch sich und Stamm am Zionistenkongress. Er möchte sich, um nicht als Gast erscheinen zu müssen, in Prag um ein Mandat bewerben. Gehe das Zentralkomitee seinen keine Annahme erhoben worden, er habe sich geirrt, denn er meinte sich sagen, daß das Zentralkomitee offenbar vorläufige Arbeit geleistet habe. Nur der Nationalrat hätte nichts getan. Er hätte Professor Epstein, der Mitglied des Nationalrates sei, in einer Sitzung aufgefordert, ihm etwas positives oder konkretes gegen den Nationalrat zu sagen. Des sei nicht geschehen. Gingen wäre man am Zionistenkongress in beleidigender Weise gegen den Nationalrat vorgegangen. Von den 21 Mitgliedern des Nationalrates in Prag seien 17 Zionisten. Hieran wendet sich Dr. Ludwig Singer der Tätigkeit des Nationalrates zu, wobei er erklärt, daß er nach der Kritik, die am Zionistenkongress geführt wurde, beinahe gezwungen wäre, sein Mandat niederzulegen, aber er fände nicht den Mut dazu, er lege nur ein Chaos vor sich und fände eine Katastrophe. Dr. Singer weist auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die in der politischen Tätigkeit der Juden in der Republik entgegenstünden, und schließt seine Rede unter großem Beifall.

Nach der Rede Dr. Singers flaut das Interesse außerordentlich ab, da mit den Nachmittagsstunden ein großer Teil der Delegierten verreise. Chaim Rugele hielt in hebräischer Sprache das Kultur- und Ethik-Programm durch. Nach etwa zehn Minuten erklärte der Regierungssprecher den Gebrauch der hebräischen Sprache für unzulässig, worauf Rugele unter Protest und lebhafter Kundgebung des Zionistenkongresses sein Referat abbrach.

Inzwischen hatte der Permanenzausschuss gesagt und das Präsidium brachte die zahlreichen Resolutionen zur Abstimmung. Von dem Permanenzausschuss gut gezeichneten Resolutionen fanden nahezu einstimmige Annahme (Der Wortlaut der Resolutionen folgt demnachst).

Sodann wurden die Wahlen vorgenommen, welche ebenfalls einstimmig erfolgten. Der Permanenzausschuss hatte vorgeschlagen, daß das Exekutivkomitee seinen Sitz in Mähr.-Odrau haben und die in Troppau und Mähr.-Odrau wohnenden Mitglieder des Zentralkomitees das Exekutivkomitee bilden sollten. Diese Mitglieder sind: G. Fing, Dr. Wagner, Dr. Hugo Herrmann, Leo Kierke, Dr. Josef Kufstein. Außerdem wurden gewählt: aus Mähren Dr. Leopold Goldschmid, Dr. Ludwig Meißner und Dr. Arthur Kohnmann, aus Prag Norbert Adler, Ing. Elmer, Dr. Ludwig Singer, Dr. Angelo Goldstein, Emil Waldstein, ferner aus Böhmen Dr. Emil Margulies und Dr. Arthur Freund, von Goposel Paulus Dr. Oskar Eple und Dr. Reig, Dr. Grünfeld und M. Spitzer; eine Anzahl von Mitgliedern aus der Slowakei und Karpaten-Rußland. Die vollständige Liste des neuen Zentralkomitees werden wir nachtragen.

Nach Ansprachen von Dr. Angelo Goldstein und Dr. Emil Margulies schloß der Zionistenkongress unter Absingung der Hallelueh um halb 7 Uhr abends.

Die englische Mandatspolitik im Hause of Lords.

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 15. März 1921.

Gestern, den 14. März, fand im Hause of Lords eine große Aussprache über die Mandatspolitik der englischen Regierung statt und der Staatssekretär des Neuere selbst antwortete auf die an die Regierung gerichteten Anfragen.

Lord Islington hatte seine Anfrage schon lange angekündigt. Er wollte von der Regierung wissen, ob das Parlament eine Gelegenheit bekommen werde, die Mandate für Mesopotamien und Palästina vor ihrer Unterbreitung an den Rat des Völkerbundes zu bewilligen oder abzulehnen. Der Lord erklärte, daß die Bepflichtung seiner Anfrage schon seit Wochen verschoben worden sei. Inzwischen habe Bonar Law für die Regierung erklärt, daß das Parlament eine Gelegenheit erhalten werde, die Mandate zu diskutieren. Trotzdem sei eine Besprechung der Frage nicht überflüssig geworden. Der Charakter der Mandate, die Art und Weise ihrer Anwendung und die Fragen, die damit sowohl außerhalb der Mandatsgebiete als innerhalb derselben verbunden sind, und schließlich die Kosten, die England daraus erwachsen, veranlassen, daß die Autorität des Parlaments nicht gekürzt wird, damit es die Gelegenheit hat, bevor die Mandate vor ein anderes Tribunal kommen, zu erklären, ob es sie billigt oder auszubessern oder abzulehnen wünscht. Dies sei noch wichtiger geworden, seit der neue Präsident der Vereinigten Staaten seine Inauguration gehalten habe. Der Präsident habe erklärt, daß er dem Hauptziel des Völkerbundes — Vermeidung von Krieg und Erhaltung des Friedens — seine aktive Sympathie und Mitarbeit zuschreibe. Das aber die besonderen Methoden des Völkerbundes nicht seine Billigung und Unterstützung finden können, daraus ergebe sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Konstitution des Völkerbundes eine Änderung erfahren werde. Wenn dies in Bezug auf die Konstitution des Völkerbundes in seiner gegenwärtigen Form gesagt werde, so könne man in Bezug auf die Annahme der Mandate gehen. Die Mandate für Palästina und Mesopotamien liegen jetzt vor. Sie sind auf die Annahme aufgebaut, daß alle verbandeten Großmächte die vertraglichensowenigsten seien. Das sei aber tatsächlich nicht der Fall, da die Vereinigten Staaten nicht zu diesen vertraglichensowenigsten gehören. Daraus ergebe sich eine gewisse bevorzugte Stellung für jene Staaten, die dem Völkerbund angehören — eine Tatsache, die zu ernstlichen Konflikten in der Zukunft führen kann. Dazu komme die Tatsache, daß die Nationen, die sich aus der Mandatsübernahme durch bestimmten Staaten ergeben, sehr ungleich verteilt seien. Eine besondere Überlegung verlangen, sagte der Redner, bestimmte Aspekte des Mandates für Palästina, die durch die englische Regierung und das englische Parlament genau geprüft werden müssen. England habe den Arabern gegenüber Versprechungen übernommen, denen die Mandate in wichtigen Punkten widersprechen. Die gegenwärtige Instanz in Palästina sei eine ernannte. Erneuerung sei immer ein gefährliches Instrument und nur dann wirksam und gerecht, wenn es mit der größten Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit angewendet werde. Sonst führe es zu Konflikten mit den Prinzipien des Art. 22 der Konstitution des Völkerbundes, welcher erklärt, daß die Wünsche der Bevölkerung bei der Auswahl des Mandatars berücksichtigt werden müssen. Der Redner wies nicht, wie das Verhältnis in den Mandatsgebieten stelle und wünscht darüber Aufklärung in der Debatte.

Die zirkle Verwaltung in Palästina erhalte sich angeblich selbst. Das jährliche Einkommen sei hierfür ausreichend, jedoch keine Ausgaben auf den britischen Steuerzahler fallen. Das könne nicht in Bezug auf die militärische Garnison gesagt werden, von der das Mandat abhängen scheint. Erst nachdem eine offizielle Erklärung seien 25.000 britische und indische Soldaten in Palästina, die dem britischen Steuerzahler 610.000 Pfund pro Monat, oder ungefähr 7 Millionen im Jahr kosten, d. h. daß jeder englische Steuerzahler 3 Pennies auf das Pfund und sei eine Einkommensteuer zu zahlen habe. Das Parlament müsse wissen, warum diese Garnison notwendig ist, warum keine lokale Polizei statt dessen eingerichtet ist und warum die englischen Steuerzahler noch weiter die Ausgaben zu tragen haben. Das Parlament muß darüber informiert werden, ob diese Garnison nur für die innere Ruhe des Landes oder für weitere Reichszwecke notwendig sei. Der Vorschlag für 1921/22 bezieht die Truppen von der australischen Regierung vorgeschlagene

in Palästina auf 4500 britische und 3200 indische Soldaten. Die Kosten hierfür seien nicht klar, da sie nicht von den Kosten für Mesopotamien getrennt sind; und das Parlament sollte informiert werden, wie groß die Kosten für Palästina und Mesopotamien gesondert seien. Hieran bezieht sich der Redner besonders eingehend mit den Verhältnissen in Mesopotamien. Die Ausgaben, die England in Bezug auf Mesopotamien übernimmt, seien ungeheuer. Es müsse eine Politik gefunden werden, die diese Lasten verringert.

Für die Regierung antwortete der Staatssekretär des Neuere Earl Curzon of Kelton. Die Politik der Regierung bezüglich der Mandate sei aufgebaut auf die Bestimmungen der Konstitution des Völkerbundes. Die Frage der Übertragung der Mandate an einzelne Mächte sei dauernd behandelt worden und es sei bekannt gewesen, wenn insb. andere die Mandate im Rahmen Osten übertragen werden würden. Nur England und Frankreich hätten sich zur Übernahme dieser Mandate bereit erklärt, und niemand sei dagegen der ihren Vorschlag hätte einnehmen können. In San Remo ist die Übertragung der Mandate geregelt worden. Hieran sind die Bestimmungen des Mandates in Beratungen zwischen den interessierten Mächten festgelegt worden. England habe nicht gewünscht, Frankreich oder Italien zu überdauern, und umgekehrt, und es sei gewünscht worden, daß die Bestimmungen der Mandate soweit als möglich übereinstimmen. Natürlich sei das Mandat für Palästina auf einer anderen Grundlage als die Mandate über Mesopotamien und Syrien aufgebaut. Die Mandatsbestimmungen sind hieran dem Rat des Völkerbundes zugestimmt, welcher die eingehende Behandlung bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben hat. Inzwischen sind die Bestimmungen, durch die Indistraction in die Presse gekommen. Die Regierung habe sie nicht veröffentlicht können, ohne die Zustimmung aller an der Vertragsunterzeichnung beteiligten Mächte. Inzwischen ist die Zustimmung zur Veröffentlichung der Mandate für Mesopotamien und Palästina erreicht worden und die französische Regierung beabsichtigt ebenfalls das Mandat über Syrien bekannt zu machen. Es ist zweifellos gewesen, die Mandate zu veröffentlichen, bevor sie der Rat des Völkerbundes diskutiert hat. Es sei zweifellos, Mandate dem Parlament zur event. Revision zu unterbreiten und dann die revidierte Fassung an den Rat des Völkerbundes zu übermitteln. Dieser hätte dann die ursprüngliche Fassung und die vom House of Commons oder vom House of Lords revidierte Fassung vor sich und würde nicht, welche Fassung er behandeln soll. Das würde die Stellung des Rates des Völkerbundes herabsetzen. Deswegen können die Mandate nicht vorher dem Parlament unterbreitet werden. Hieran wandte sich der Staatssekretär gegen die Bemerkung, daß die Mandatsbestimmungen speziell bezüglich Mesopotamiens den Arabern gegen die Vorurteile der Staatssekretär die Hoffnung, daß die Übernahme der Verwaltung der Mandatsgebiete durch das Kolonialamt zu einer wesentlichen Verringerung der Kosten und zur Durchführung der Prinzipien führen wird, die in den Mandaten verortet sind.

Biscount Bryce lenkte hierauf die Aufmerksamkeit auf die Methode, nach welcher die Mandate entworfen und gebilligt worden sind. Man wisse leider nicht, wie weit der Rat des Völkerbundes sich mit der Forderung befasse, welche die Mandate von der interessierten Mächten erhalten haben. Die Konstitution des Völkerbundes sagt im Art. 22, daß die Mandate durch den Rat des Völkerbundes festgelegt werden sollen, wenn sie nicht vorher durch die Mitglieder des Völkerbundes vereinbart sind. Danach war die englische Regierung keineswegs verhindert, den Entwurf des Mandates mit Heranziehung des Parlaments fertig zu stellen. Wenn das Parlament Änderungen vornehmen wollte, nachdem der Rat des Völkerbundes das Mandat bestätigt hat, wäre die Arbeit des Völkerbundes ganz verloren. Daher sollte das Parlament die Mandate diskutieren, bevor sie vom Völkerbundsrat behandelt werden. Das Parlament sollte unter anderem wissen, in welcher Weise die Landfrage in den Mandatsgebieten geregelt werden wird. Wird die Mandatsmacht das Eigentumsrecht erlangen? Und unter welchen Bedingungen wird das Land zur Verfügung stellen? Wie weit wird Privatrecht am Boden gewahrt werden? Welche Vorkehrungen werden für die lokale Selbstregierung getroffen?

Der Redner erklärte, daß diese Fragen sich speziell auf die afrikanischen Mandate beziehen und er möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß sich das australische Parlament berechtigt gefühlt habe, das ihm angedragene 1921/22 bezieht die Truppen von der australischen Regierung vorgeschlagene

Mandat zu. In Guinea abzuändern. Es ist aus der Sache zu sehen, daß das Mandat nicht die Absicht hat, das Mandat zu ändern, sondern es ist abzuändern. Es ist nicht wahr, daß ein Mandat den Charakter habe wie ein Vertrag. Ein Vertrag ist ein Geschäft zwischen zwei Nationen, bei dem jeder Teil für sich das Beste herauszuschlagen wolle. Im Falle eines Mandats des Völkerbundes wäre das ausgesprochen. Ziel muß der Nutzen einer der Parteien, sondern der Nutzen der Rasse, Nation oder des Gebietes, für welches das Mandat gegeben wird. Ein Mandat habe daher den Charakter einer Treuhänderverpflichtung (Trust). Das Wort „Trust“ werde in der Konstitution des Völkerbundes gebraucht. Es ist nicht eine Befugnisübertragung; es ist nicht ein Handel; es ist nicht ein Kontrakt; es ist eine Treuhänderverpflichtung, die durch die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, festgelegt wird. Jeder Staat, der sich an dem Völkerbunde beteiligen will, muß sich verpflichten, die Interessen der Rasse, Nation oder des Gebietes, für welches das Mandat gegeben wird, zu schützen. Die Tatsache, daß es sich um eine solche Verpflichtung handelt, gibt eine Begründung, warum die Verankerung des Mandats vor aller Welt geschehen muß. Die Mandate sollen nicht nur von den Parlamenten jener Staaten gebilligt werden, die die Mandatsverpflichtungen übernehmen, sondern von den Parlamenten aller Staaten, die unter der Autorität des Völkerbundes die Übertragung der Mandate an bestimmte Mächte beabsichtigen. Der Redner erklärte: Wir wissen, was die wirkliche Gefahr des Mandatsystems ist. Es führt zu großen Verwirrungen; es kann eine Gefahr werden in den Händen des Staates, der das Mandat übernommen hat. Die Erklärung — wenn dies auch den Bestimmungen des Völkerbundes widerspricht, den Mandat haben, Truppen auszuheben, nicht nur um Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten, sondern auch für seine eigenen Zwecke einzusetzen. Das ist eine Sache, die die öffentliche Meinung in England mißbilligen würde, und wie zu hoffen ist, auch die Regierung. Wenn aber irgend ein Staat ein Mandat vorlegt, welches ihm die Rekrutierung von Truppen für solche Zwecke erlaubt, so wäre die englische Regierung durch ihre Vertretung im Völkerbunde in einer weit im englischen Parlament diskutiert worden wäre, wo zweifellos ganz klare Meinungen über den Gegenstand ausgedrückt würden. Auf dieselbe Weise könnte eine Mandatsmacht in die Verfassung kommen, die Naturgeschichte eines Landes zu ihrem eigenen Nutzen oder zum Nutzen ihrer eigenen Staatsbürger auszunutzen. Sie könnte die Handelsbestimmungen formulieren, um ihren eigenen Staatsbürgern Vorrecht zu gewähren und könnte die Bedingungen für die Vergabe von Konzessionen so fassen, daß sie einer das eigene Land eine bevorzugte Stellung schaffen. In allen diesen Fällen schafft das Mandat ein gefährliches System, das die Mitglieder des Völkerbundes, die zustimmen, bindet. Deshalb sollten wir wissen, in welcher Weise wir gebunden sind. Wenn irgend ein Staat sein Mandat so auslegen will, um für sich selbst Vorteile zu sichern, und wenn nachher die Bestimmungen des Mandats, wenn wir Beschwerden erheben, gegen uns ins Treffen geführt werden, so sollen wir doch eine Gelegenheit haben, unsere abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen, bevor die Mandate vom Rat des Völkerbundes approbiert sind.

Es ist richtig, daß auch selbst wenn die Gesetzgebung nicht parteiisch ist, die Verwaltung parteiisch sein kann. Wir können das nicht absolut verhindern, wenn auch der Rat des Völkerbundes darauf sehen soll, daß es nicht geschieht. Je schwieriger es aber ist, die Verwaltung zu überwachen, desto weniger ist, daß jedes Mandat so entworfen ist, daß es gegen den Mißbrauch schützt. Es sollte nicht befürchtet werden, daß auf diese Weise jeder Staat die Bestimmungen der Mandate interpretiert, die anderen Staaten übernommen haben. Es sei besser Kritik vorher als Streit nachher zu haben. Wenn ein Fall entsteht, in welchem sich unsere eigenen Mandatsgebiete nicht befreit werden oder wo ein Eingeborenen Staat zu uns mit der Behauptung kommt, daß er behandelt wird und die Angelegenheit im Parlament zur Sprache kommt, so sollen wir nicht an Vorurteilen gebunden sein, indem man uns sagt, daß wir durch unsere Vertreter im Völkerbunde die Mandatsbestimmungen schon erfüllt hätten. In diesen Angelegenheiten ist Gerechtigkeit nicht an der Sache. Der Völkerbund kann nur bestehen, wenn er durch die öffentliche Meinung der Völker und der Nationen unterstützt wird, und auch durch die arbeitenden Massen, deren Interesse und Sympathie notwendig sind.

Der nächste Redner, der Erzbischof von

Canterbury, stellt die Frage, ob die Mandate nach der Billigung durch den Völkerbund dem Parlament zur Prüfung oder nur zur Kritik, d. h. mit dem Recht zur Abänderung oder nur mit dem Recht zur Annahme oder Ablehnung vorzulegen würden. Die Regierung der Mandate könne für Generationen das Dasein von gewaltigen Ländern und vieler hunderttausender Menschen bestimmen. Auf Grund der Verträge der Konstitution des Völkerbundes bezeichnen wir jetzt mit der Anerkennung eines Treuhänderverhältnisses und einer Verantwortung, die wir gegenüber den jüdischen Völkern übernehmen. Der Redner fragte, nach den Kontrollrechten der Mandatarmächte über jene Körperlichkeiten, die eine politische, religiöse, kulturelle und soziale Tätigkeit in den Mandatsgebieten ausüben. Wenn für solche Zwecke freiwillige Spenden ausgeschrieben werden und die Mandatarmächte die Verwertung dieser Gelder in einem gewissen Maße kontrollieren, muß dieses Kontrollrecht beibehalten werden. Man soll wissen, wie in V. amerikanische Vertreter solcher Art verfahren in den Mandatsgebieten behandelt werden.

Hierauf kam Lord Lyndocham zu Wort, und sagt zunächst, es wäre sehr wünschenswert, gewesen, wenn das Mandat für Mesopotamien von einem anderen Lande, vielmehr von Amerika übernommen worden wäre. Was das Palästina-Mandat anbelangt, so gebe es Anlaß zu verschiedenen Bedenken und Gefahren. Es ist für viele Jahre zu große Ausgaben. Außerdem habe es die nationale Ehre Englands. Prof. May von der Yale-Universität hat in Amerika über seine Erfahrungen in Palästina berichtet und erklärt, daß England nicht nur das Schiff vom November 1918, sondern auch das Schiff 22 der Konstitution des Völkerbundes verliere. Die Frage wird im Parlament behandelt werden, wenn das Mandat über Palästina zur Diskussion vor das Haus kommt. Die amerikanische Kommission, Gesandter Crane und Präsident Kinn haben in ihrerzeit Rundfragen angestellt, um die Wünsche der palästinensischen Bevölkerung festzustellen, aber ein eigentliches Abseht hat nicht stattgefunden. Eine Volksabstimmung ist nicht durchgeführt worden. Aber es wurde die allgemeine Meinung ausgedrückt, daß die jüdische Einwanderung eingebremst werden soll. Das war der Wunsch der Menschen, die ihr nationales Heim in Palästina haben und es ist im Mandat hineingelegt worden. Jetzt findet eine große Immigration von Juden statt, es ist sehr leicht mancher Beschwerden. Der Bericht dieser Kommission sollte vor das Parlament gebracht werden.

Als nächster Redner stellte Lord Lamington an die Regierung die Frage, ob die Wünsche der Araber festgelegt worden seien, bevor die Mandate verabschiedet werden. Es ist im Frühjahr 1919 eine amerikanische Kommission die Bedürfnisse Palästinas und Syriens in ihre Wünsche befragt habe und ob die Ergebnisse nicht dem Parlament vorgelegt werden können, bevor die Mandate durch den Rat des Völkerbundes endgültig gebilligt werden. Zur Begründung seiner Frage ging Lord Lamington zunächst auf die Geschichte der Verhandlungen mit König Faisal und Emir Feisal zurück. Die von Arabern gemachten Versprechungen seien im Mandat für Mesopotamien berücksichtigt, soweit aber das Mandat für Palästina in Betracht komme, könne der Redner nicht glauben, daß die Araber in Palästina irgendwelche Ansprüche hätten, daß die nationale Selbstbestimmung für die Juden so stark in Erscheinung trete, wie es geschieht. Dazu kommt, daß der Einfluß Frankreichs in Syrien das Vertrauen der Araber wach. Was der Bericht der amerikanischen Kommission anlangt, dessen Veröffentlichung der Redner wünscht, möchte er allerdings nicht zu viel Gewicht auf diesen Punkt legen. Diesem Bericht zufolge hätten die Araber die Übertragung des Mandats an Amerika gewünscht.

Namens der Regierung antwortete der Staatssekretär Lord Curzon. Bezüglich Palästinas erklärte er: Wir wissen, es ist richtig, daß die Araber in Palästina vorzuziehen würden, die Zionisten überhaupt nicht im Lande zu haben. Das wäre wahrscheinlich der Fall. Aber es ist als ein großer Akt der Staatspolitik in einem frühen Stadium des Krieges beschlossen worden, eine Deklaration zu machen, die mit dem Namen von Mr. Balfour verbunden war. Diese Deklaration aber ist, ob sie nun richtig oder falsch war, durch die anderen Mächte angenommen worden. Sie ist ein gültig einverleibtes und wiederholt in den Bestimmungen des Vertrags von Sevres, und repräsentiert daher nicht nur eine britische Politik, sondern eine Politik der Alliierten. Das Ziel unserer Regierung war, seit dies festgelegt hat, sicherlich, die Wiederherstellung dessen, was das nationale Heim in Palästina genannt wird, mit den Rechten der jüdischen Völker in Einklang zu bringen. Diesem Punkt

messe ich die höchste Bedeutung zu, und so weit es mich angeht und ich hatte mit den Bestimmungen des Mandats sehr viel zu tun, war es mein Ziel, daß durchaus voll: Gehörigkeit den Rechten und Ansprüchen und der Lage der Bevölkerung des Landes. Bei der Majorität der Bevölkerung des Landes, bei den Juden der Frage der Juden bei der Entscheidung wird, so ist vermutlich kein Zweifel, daß die Araber in Palästina das britische Mandat jedem andern vorziehen. Auch in Mesopotamien und Syrien seien die Wünsche der Bevölkerung durchaus berücksichtigt worden. In Antwort auf die Reden von Lord Bryce und des Erzbischofs von Canterbury verweist der Staatssekretär auf die Rechte der jüdischen Völker und dem Rat des Völkerbundes durch Artikel 22 der Konstitution des Völkerbundes vorbehalten worden sind. Mit dem Mandat habe die Regierung zuerst zum Rat des Völkerbundes gehen müssen und bevor er in 14 Tagen die Verhandlung der Mandate in Angriff nehmen könne, wird der Rat des Völkerbundes an die englische Regierung, eine Reihe derselben Fragen richten, die soeben im Hause of Lords an die Regierung gerichtet worden sind. Vielleicht wird der Rat des Völkerbundes Veränderungen vorschlagen. Die Analogie zwischen Mandaten und Staatsverträgen gehe weiter als Lord Bryce annimmt. Die Mandate, jedenfalls die englischen Mandate, seien keineswegs nur in der Abgeschlossenheit des Rates ausgearbeitet worden; und als Mandate zur Veröffentlichung kamen, wurde sie von der Presse aller Richtungen unerwartet günstig aufgenommen worden. Was mit den Mandaten geschehen wird, wenn sie vom Völkerbunde angenommen sind, lasse sich nicht genau sagen; vermutlich würde das Parlament aufgeführt werden, einen allgemeinen Ausdruck seiner Meinung über die Mandate zu formulieren. Angenommen, daß sich gegen eine überwälzende Zustimmung im Mandat eine überwältigende Gegnerschaft erhebt, so würde das Parlament auf die Regierung einen großen Eindruck machen. Aber es wäre unangebracht anzunehmen, daß, wenn der Rat des Völkerbundes die Mandate akzeptiert, — mit oder ohne Änderung — daß dann das Parlament sie zu bestätigen reist.

Auf diese Weise könnte das Experiment nicht erfolgreich durchgeführt werden. Der Staatssekretär bemerkt, er habe beabsichtigt, den Rat des Völkerbundes zu einer Beratung der Mandate zu laden. Er sollte das Vertrauen eines Mannes dessen, was recht und ordentlich ist, ebenso genießen wie die Parlamente der interessierten Länder. Eine andere Erklärung läßt sich nicht abgeben werden.

Lord Lyndocham stellte nochmals die Frage, ob Schritte unternommen worden seien, um die Meinungen der Araber und Christen in Bezug auf die Errichtung des nationalen Heims für die Zionisten einzuholen. Hierauf schloß die Debatte in der üblichen formalen Weise.

Das House of Lords war schwach besucht und es kam niemand zu Wort, der sich durch sein Interesse für die Sache in der Debatte besonders ausgezeichnet hätte. Das House of Lords darauf zurückzuführen, daß die jüdischen Freunde des jüdischen Nationalismus im House of Lords, sondern im House of Commons seien. Die Debatte war aber jedenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung, was die Aussprache über die Verhältnisse in Palästina anlangt, als auch was die Stellung betrifft, die hervorragende Mitglieder des Hauses zu dem Mandatsystem überhaupt einnehmen.

Die Voraussetzung.

Der Text des englischen Mandatsentwurfs hat in der gesamten jüdischen Welt ungeheures Aufsehen erregt. Es ist vielleicht nicht zuviel gesagt, daß er das Ende des Antizionismus darstellt. Alle, die überhaupt noch heuchelhaftes Judentum repräsentieren, haben ihre Richtung in irgend eine Verbindung mit dem neuen entstehenden jüdischen Palästina zu bringen. Sowohl aus dem Lager des liberalen Judentums, wie aus dem der Orthodoxie, werden zurzeit nur freundliche Stimmen. Alle wollen sie mitarbeiten. Und diejenigen Juden, die keinerlei Verbindung mehr mit dem lebendigen Judentum finden können, respektieren doch achtungsvoll die Tatsache, die nunmehr zweifellos besteht. Denn wenn der Mandatsentwurf auch noch nicht formelle Geltung erlangt hat, so geht doch bereits die praktische Entfaltung so vor sich, als wenn er die formelle Sanction bereits erlangt hätte. Tatsächlich kann man sagen, daß das Mandat in dem Augenblick in Kraft getreten, als der Text des Entwurfs bekannt wurde. Die jüdische Magna Charta besteht. Sie erfüllt nicht alle Hoffnungen. Wir werden dennoch streben müssen, sie mehr und mehr zu verbessern, namentlich, je mehr politische wir in Palästina gewinnen. Aber die

Grundlage ist geschaffen, der äußere Rahmen des jüdischen Programms ist Wirklichkeit.

Indessen, in der Geschichte gibt es keinen Stillstand. Denn es ist wirklich erst der äußere Rahmen, der geschaffen wurde. Wie, wenn es uns nicht gelingt, ihn mit innerem Leben zu erfüllen? Der ganze Mandatsentwurf hat nur Sinn, wenn die in ihm liegende Absicht, die Entstehung des jüdischen Palästinas, zur Wirklichkeit wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist Palästina, das heute noch eine überwältigende arabische Majorität hat, dem jüdischen Volke zur Verfügung gestellt worden. Erfüllt sich diese stillschweigende Voraussetzung des Mandats nicht, so wird es nicht möglich sein, die Absicht des Mandats für alle Ewigkeit aufrecht zu erhalten. Bricht es sich nach einer gewissen Zeitdauer, daß das jüdische Volk nicht die Neigung hat, die Möglichkeiten auszunutzen, die das Mandat ihm bietet, oder daß es hierzu nicht in der Lage ist, so wird keine Macht der Welt in der Lage sein, den Juden die Pforten Palästinas in derjenigen Weise offenzuhalten, wie dies in dem Mandat geschieht. Seien wir uns darüber klar, das in dem Mandat liegende Versprechen ist zeitlich begrenzter Natur. Es steht als Gegenleistung eine ungeheure Anstrengung des jüdischen Volkes voraus und es ist nicht, wenn diese nicht erfolgt. Wenn es uns nicht gelingt, die Absicht zu überbieten, dann ist Palästina für uns verloren.

Hierzu aber kommt noch, daß die Mandatsmacht mit aller Bestimmtheit darauf rechnet, daß sie in absehbarer Zeit alle Läden, die ihr erwachsen, an uns abgeben kann. Die Mandatsmacht denkt gar nicht daran, dauernd für uns die Lasten in Palästina zu tragen. Es gibt Zionisten, die meinen, daß wir ihr heute schon die Last der Sicherheitsgewähr abnehmen müßten. Mag dieser Zeitpunkt früher, mag er später kommen, also fern wird er jedenfalls nicht sein. Haben wir das jüdische Palästina bis dahin nicht soweit gestärkt, daß es den Hauptteil dieser Last selbst übernehmen kann, dann wird auch von diesem Gesichtspunkt aus das jüdische Palästina weit zusammenbrechen. Dann wird die Mandatsmacht die Last auf billigere Schultern abwälzen, sie wird nach „neuen politischen Formen“ suchen.

Machen wir uns also keinerlei Illusionen! Wenn wir wahrhaft das jüdische Palästina wollen, müssen wir jetzt auf der einen Seite den Reizen Hasses, das gemeinnützige Zionsinstrument der Zionistischen Organisation, zur höchsten Kraftentfaltung befähigen, und wir müssen gleichzeitig in höchstem Maße private Kapitale in den Dienst des Aufbaus Palästinas stellen und jeder, der dies vermag, muß mit seinen eigenen Kräften das jüdische Palästina schaffen helfen. E. M.

Die religiöse Neuorganisation in Palästina.

„Le Tsif“ (Strasbourg) das Organ der französischen Misrachi, berichtet aus Palästina: Seit seiner Ankunft in Palästina hat Sir Herbert Samuel die Unordnung herbeigeführt, welche bei der Organisation der religiösen Gerichtshöfe und der Mehrzahl der Großen rabbiner herrscht, die an der Spitze der verschiedenen Gemeinden Jerusalems und Palästinas stehen. Eine von ihm ernannte Studienkommission hat dem Oberkommissar einen Bericht erstattet, dessen Ergebnis hier folgen möge:

Es soll eine oberste religiöse Behörde ohne administrative Gewalt konstituiert werden. Diese Organisation wird, was jeden einzelnen Ort betrifft, den Gemeinderäten der betreffenden Städte anvertraut werden, und für Fragen allgemeiner Natur einer Generalversammlung. Diese höchste religiöse Behörde wird ihre Tätigkeit über ganz Palästina ausdehnen. Jede Stadt soll das Recht haben, ihre religiösen Funktionäre selbst zu wählen. Es war sehr schwer und beinahe unmöglich, sich über die Wahl eines religiösen Oberhauptes zu einigen, welches von allen jüdischen Gemeinden Palästinas anerkannt wird, was für eine oberste jüdische Behörde unbedingt notwendig ist. Die Sephardim, aus deren Mitte früher stets der offizielle Großrabbiner gewählt wurde, forderten, daß das religiöse Oberhaupt sephardisch sei. Da eine vollständige Einigkeit unter den Juden wahrscheinlich kaum vor der nächsten Generation verwirklicht werden kann, mußten gewisse provisorische Statuten festgelegt werden, die man nach Ablauf einer gewissen Zeit einschränken kann.

Aus den oben erwähnten Gründen fällt sich die Kommission davon ab, zu verlangen, daß es schwierig wäre sich über die Wahl eines Oberhauptes zu einigen, welches von allen jüdischen Gemeinden Palästinas anerkannt wird, was für eine oberste jüdische Behörde unbedingt notwendig ist. Die Sephardim, aus deren Mitte früher stets der offizielle Großrabbiner gewählt wurde, forderten, daß das religiöse Oberhaupt sephardisch sei. Da eine vollständige Einigkeit unter den Juden wahrscheinlich kaum vor der nächsten Generation verwirklicht werden kann, mußten gewisse provisorische Statuten festgelegt werden, die man nach Ablauf einer gewissen Zeit einschränken kann.

die zu gleichen Teilen aus Sephardim und Aschkenasim besteht. Dieser Rabbinerrat hat zwei Präsidenten, einen Aschkenasi und einen Sephardi, welche für eine bestimmte Zeitdauer gewählt werden und die Ansührer der beiden Gemeinden sein sollen. Dieser Rat soll das oberste Beth Din Jerusalems sein. Er soll aus 8 Mitgliedern bestehen, einschließlich der beiden Präsidenten; die anderen 6 bilden das Beth Din von Jerusalem und sind in zwei Gerichtshöfe je zur Hälfte für beide Gemeinden geteilt. Der aschkenasische Präsident wird den Titel Großrabbiner tragen, und der sephardische den des Rischon Lenon. Einer der beiden Präsidenten wird, gemäß der Entscheidung der Rabbinerversammlung, welche den Rabbinerrat wählt, der Präsident des Appellationshofes sein. Der Rabbinerrat wird für 3 Jahre gewählt; nach Ablauf dieser Zeit erfolgt eine Neuwahl.

Ueber den Modus der Wahl des Rates ist man noch nicht einig; wahrscheinlich wird man vorziehen, der Regierung Hilfe bekommen. Die Majorität ist geneigt, die Wahl den Rabbinern zu überlassen und sie mit drei Repräsentanten der jüdischen Gemeinden Palästinas zu vereinen. Die Kommission hält es für ratsam, die Zahl der Mitglieder des Rates, gemäß der Anzahl der Mitglieder des Großen Sanhedrin, und hiervon sollen zwei Drittel Rabbiner, ein Drittel Laien sein. Ein konstituierendes Komitee soll ernannt werden, bestehend aus einem Vertreter des gegenwärtigen rabbinischen Büros, zwei Vertretern des gemischten Jerusalemer Gemeinderates, einem Vertreter der orthodoxen aschkenasischen Gemeinde und einem Vertreter des Nationalrates. Dieses provisorische Komitee wird die Generalversammlung einberufen, welche sich über den Vorschlag der Regierung bezieht, der Wahl eines Großrabbiners oder eines Rabbinerrats von 8 Mitgliedern auszusprechen soll, denn durch die Versammlung noch 3 Voten hinzugefügt werden sollen.

Der so gewählte Rabbinerrat wird die oberste Gewalt in allen religiösen Angelegenheiten Palästinas ausüben; er wird das offizielle Beth Din von Jerusalem sein. Jede Gemeinde kann ihr besonderes Beth Din haben, aber die Regierung wird kein Urteil vollstrecken, das nicht von dem offiziellen Beth Din in Jerusalem bestätigt ist. Wenn die Versammlung sich für die Bildung eines Beth Din oder Appellationshofes entscheidet, wird dieser aus 7 bis 8 Mitgliedern des Rabbinerrates zusammengesetzt sein und in letzter Instanz über die von den religiösen Gerichten ganz Palästina ausgesprochenen Urteile entscheiden. Die Ernennung der religiösen Gerichtshöfe durch die Gemeinderäte der Städte wird gleichfalls durch den Rabbinerrat von Jerusalem legalisiert werden.

Der Titel des Nacham Balshi (Großrabbiner) wird aufgehoben; kein Rabbiner ist berechtigt, ihn zu tragen. Allein die Präsidenten des Rabbinerrates haben das Recht, sich Großrabbiner der aschkenasischen und sephardischen Gemeinden Palästinas zu nennen.

Auf dem Wege zu unserem sozialistischen Aufbau.

Von Jehiel Halpern, Wien

I.
Die Bourgeoisie aller Kulturvölker hat große materielle und geistige Werte geschaffen. Das Proletariat jedes einzelnen Volkes ist der künftige Erbe dieser Reichtümer. Seine Aufgabe ist es, in erster Linie die Macht zu ergreifen und mit ihrer Hilfe die bereits vorhandenen und die noch zu schaffenden Güter der Gesamtheit zu erschließen.

Im jüdischen Volke zeigt sich ein ganz anderes Bild. Was die jüdische Bourgeoisie geschaffen hat, schuf sie als organischer Teil der gesamten Bourgeoisie des betreffenden Landes. Die durch sie geschaffenen Reichtümer sind organisch untrennbare Teile des gesamten materiellen und geistigen Besitzes der betreffenden Völker. Die Eingliederung der jüdischen Masse, sowohl der arbeitenden als auch der deklassierten, in den sozialen Organismus ihres jeweiligen Wohnlandes auf unermessliche Schwierigkeiten stößt, ja fast unmöglich ist, ist auch ihre politischer Anteil an den der Enteignung verfallenden Reichtümern nur außerordentlich gering. Noch weniger aber können die jüdischen arbeitenden Massen Erben irgend bedeutender Werte im Rahmen ihres eigenen jüdischen sozialen Organismus werden, da innerhalb desselben der Kapitalismus (wie bei früherer Gelegenheit dargelegt) nur eine destruktive Mission hat, seine große konstruktive, schaffende Sendung aber ausschließlich außerhalb der jüdischen Gemeinschaft abt. Innerhalb unseres nationalen Organismus erben die jüdischen arbeitenden Klassen nur die Leiden eines der deklassierten verfallenen Kleinbürgertums und den

Intelligenz.

Die jüdischen arbeitenden Massen können also auch in Zukunft nicht zu Eigentümern der durch ihre Arbeit einst geschaffenen Werte werden. Diese sind in den sogenannten Nationalreichtümern der einzelnen Völker organisch eingegliedert, zu denen das jüdische arbeitende Volk aus Gründen, die hier nicht mehr zu erörtern sind, keinen Zutritt hat.

Was die jüdischen arbeitenden Massen als zukünftiges Mitglied der entstehenden sozialistischen Gesellschaft besorgen wollen, das müssen sie erst zu schaffen beginnen. Während also durch das Proletariat zwecks Enteignung der vorhandenen Werte im Vordergrund steht, ist bei uns vor allem die Frage des Schaffens aktuell. Dies gilt nicht nur in bezug auf rein materielle Werte, sondern in nicht minderem Maße in bezug auf die zu schaffenden geistigen Reichtümer. (Darüber sprechen wir in den folgenden Aufsätzen noch näher).

Dieses Schaffen, dieser Aufbau kann nur durch die jüdischen arbeitenden Massen als die relativ gesunde Klasse im Judentum durchgeführt werden. Die Teilnahme und selbst der endgültige Sieg des Sozialismus bringt daher keineswegs automatisch auch den Sieg des jüdischen Sozialismus mit sich, er macht nur den Kampf für den jüdischen Sozialismus möglicher und leichter.

Den Anfang in der Errichtung unserer sozialistischen Aufbauarbeit hat unsere palästinensische Arbeiterchaft gemacht. Nur eine genaue Analyse der im jüdischen Leben herrschenden sozialen und geistigen Zustände kann uns den sichtbaren Zwiespalt zwischen dem geistlichen Radikalismus und dem angeblich oft praktizierten Opportunismus der palästinensischen Arbeiterchaft erklären. Diese Analyse und diese Erklärung soll in den weiteren Aufsätzen veranlaßt werden.

Keren Hajessod.

Der Maassergedanke in Becharabien.

Von Dr. M. Schwarzmann, Kishineu.

Die Keren Hajessodarbeit in Becharabien wurde mit einer Konferenz in Kishineu am 21. Jänner 1921 eröffnet, auf der eine gehobene Stimmung herrschte. Die Teilnehmer gingen mit dem festen Entschluß auseinander, die rechte Tätigkeit zu entfalten. Seitdem wird in der jüdischen und russischen Presse unermüdlich der Keren Hajessod propagiert. Täglich erscheinen sowohl in der russischen wie auch in der jüdischen Presse einige hundert Zeilen über den Keren Hajessod und sonstige palästinensangelegenheiten. Die Folgen machen sich bereits bemerkbar. Ueber den Keren Hajessod wird jetzt allenthalben debattiert: in den Gesellschaften, beim Tee, auf der Straße und im Café. Die jüdische Öffentlichkeit wird sich immer mehr des Ernstes und der Wichtigkeit des Keren Hajessod bewußt. Gleichzeitig entwickeln sich eigene entfaltete Instrukturen eine rührige Tätigkeit in der Provinz. In fast allen 9 Bezirksteilen Becharabiens sind bereits Bezirkskomitees geschaffen worden. In manchen Bezirksstädten wurden Beratungen der aktiven Gesinnungsgegnossen des Bezirkes abgehalten, und in vielen kleinen Orten wurden Komitees begründet. Die Komitees beginnen ihre Tätigkeit in erster Reihe mit der Bekämpfung der Zionisten. Diese Bekämpfung, die in Kishineu bereits durchgeführt wurde, ist gegenwärtig in allen Bezirksstädten im Gange. In Kishineu ergab die den Zionisten vorgelegte und auferlegte Steuer für die nächsten fünf Jahre die Gesamtsumme von 2 1/2 Millionen Lei, wobei konsequent die Maassergedanke als Besteuerungsmethode angewandt wurde. Die Erfahrung lehrt, daß so sehr, die Maassergedanke auch im ersten Moment undurchführbar erscheinen mag, sie sich doch in der Folge als der geeignetste Steuerregulator erwährt. Das Beispiel der Maassergedachte wirkt direkt aufstrebend. Kaum hat jemand den Maassergedanken, so wird er selbst einer seiner feurigsten Befürworter. Kein Redner kann so zündend, überzeugend und anregend wirken wie derjenige, der seine Pflicht getan und den Maassergedanken entrichtet hat. Das Prinzip des Maassergedanken findet allmählich auch in nichtzionistischen Kreisen Anklang. Und selbst wenn es in manchen Orten wegen allzu großer, in die Augen springender Verdrängung der zu leistenden Maassergedachte bis zu einer Verleugung einzelner Gesinnungsgegnossen kommen sollte, so dürfte das auf die Gesamtkraft von guter Wirkung sein.

Der Maassergedanke wird sowohl vom Stammevermögen wie auch vom Einkommen berechnet. Bei Festsetzung des Minimalbetrages beharren wir gleichfalls auf dem Maassergedanken. Der monatliche Minimalbedarf einer Familie ist hier 3000 Lei; somit wäre der jährliche Minimalbetrag an Maassergedanken 36.000 Lei. Da wir unter den Steuerzahlern auch ledige Personen haben und außerdem mit einer Unterschätzung des Einkommens bei der Besteuerung seitens der Steuerzahler rechnen müssen, haben wir den jährlichen Mindestbeitrag an Maassergedanken mit 500 Lei festgelegt. Leute, deren Einkommen weniger als 500 Lei monatlich beträgt, die also weniger als 410 Lei monatlich verdienen, sind von der Steuerlast zu befreien. Hiernach beläuft sich der fünfjährige Maassergedanke für den Keren Hajessod auf 2500 Lei pro Steuerzahler. Im Vergleich zu dieser Summe, die 10 Pfund Sterling ausmacht, erscheinen mir die Minimalbeträge der anderen Länder viel zu gering.

Wir fanden es aber für nötig, auch denjenigen, deren Einkommen hinter dem Minimum zurückbleibt, und die aus freien Stücken an der nationalen Steuerlast mittragen wollen, die Möglichkeit hierzu offen zu lassen. Es wurde daher die Bestimmung getroffen, daß Leute, deren Zahlungsunfähigkeit, das Minimum zu leisten, von der zuständigen Steuerkommission bestätigt wird, sich zu Gruppen vereinigen dürfen, die kollektiv den Minimalbetrag leisten. Damit ist sowohl den Armen die Möglichkeit geboten, an der nationalen Steuerlast teilzunehmen, als auch der Festsetzung eines allzu geringen Minimalbetrages aus dem Wege gegangen. Das hat für die Gesamtkraft eine große Bedeutung, da in den nichtzionistischen Kreisen wohl die Tendenz, am Minimum und nicht am Maximum festzuhalten, vorherrschend sein dürfte.

Ueber das Endergebnis läßt sich nichts Näheres voraussagen. Jedoch glauben wir, daß sich bei energischer und beharrlicher Tätigkeit die Gesamtsumme von 50.000.000 Lei wohl erreicht lassen. Das wären also 10 Millionen Lei jährlich und für die 50.000 verhältnismäßig armen, jüdischen Familien Becharabiens, von denen 25 Prozent auf öffentliche Fürsorge angewiesen sind, eine hohe Leistung.

Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß zur Eintreibung dieser Summen der Keren Hajessodkomitee während der kommenden vier Jahre alljährlich eine zwei bis drei Monate währende energische Tätigkeit zu entfalten müssen. Die meisten Steuerzahler, die den Maassergedanken zu entrichten haben, behaupten, für die kommenden Jahre die Höhe ihres Einkommens und somit auch die Höhe ihres Maassergedankens zu kennen. Von diesen Steuerzahlern nehmen wir die Verpflichtung an, in den kommenden vier Jahren den Durchschnittsverdienst eines Monats (ohne die Ziffer vorher zu bestimmen) für den Keren Hajessod abzuführen.

Die Aktion wird durch ein Büro, bestehend aus fünf bis sechs Mitgliedern, geleitet. Die Provinz wird von acht bis zehn Instrukteuren und einigen Rabbinern als Agitatoren bedient. An Druckmaterial werden Plakate, Aufhänger und Flugblätter in Anwendung gebracht. Das Mandat wird separat gedruckt werden und zur Verteilung gelangen. Die Presse verursacht uns auch größere Ausgaben. Alle diese und noch viel andere Umstände, die die Arbeit erschweren, dürfen wohl 5 bis 6 Prozent der Sammlungen in Anspruch nehmen.

Amerika.

Die Stimmung in Amerika.

Nachstehend geben wir einen Auszug aus einem im New Yorker „Morgenjournal“ erschienenen Artikel des Redakteurs B. Shelvin. Dr. Weizmann bereitet sich jetzt auf seine Amerika-Reise vor. Wegen dieser Reise ist auch die Sitzung der Großen Aktions-Komitees verschoben worden. So haben es die amerikanischen Zionistenführer verlangt. Ihr Wunsch ist gegen den Willen mancher Mitglieder des Aktions-Komitees erfüllt worden, weil Sokolow und Weizmann der Meinung sind, daß der Friede mit Amerika über alles ginge.

Wir halten es für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Zionisten Amerikas nie mit den europäischen Jüdischen Krieg geführt haben. Es gibt keinen einzigen organisierten Zionisten in Amerika, der die Führer in Europa angreifen würde und keiner von ihnen hat einen Aufschub der Sitzung des Aktions-Komitees verlangt. Dies war einzig und allein der Wunsch der amerikanischen Führer, die seit der Jahreskonferenz in London gegen den Willen der jüdischen Massen in Amerika, ja sogar gegen den Willen vieler ihrer eigenen Mitarbeiter in der Nationalen Exekutive (Gesetzgebender Ausschuss der Zionist Federation of America) arbeiten. Dieser Aufschub ist hier allen unverständlich. Eigentlich sollte die A.-Sitzung zuerst stattfinden, die Pläne für den sofortigen Aufbau Palästinas anzuleiten, und erst dann müßte Dr. Weizmann nach Amerika kommen, um von den amerikanischen Zionisten die Durchführung der vom Großen

Aktions-Komitee ausgearbeiteten Pläne zu veranlassen. Vor allem müssen die Pläne ausgearbeitet werden, damit die amerikanischen Juden wissen, wie tief sie in ihre Taschen greifen müssen.

Die amerikanischen Führer haben versucht, die in Buffalo durchgeschmuggelten Beschlüsse auch in Kanada durchzusetzen. Zerner haben sie versucht, James Rothchild für sich zu gewinnen. Aber die Kanadische Konvention erklärte ihnen, daß sie eher geeignet sind, mit London zusammenzuarbeiten, als sich von Amerika ins Schlepptau nehmen zu lassen. Auch James Rothchild erklärte seine absolute Unhaltbarkeit Weizmann gegenüber, sobald er merkte, wozu die amerikanischen Führer ihn gebrauchen wollten.

Die Hauptfrage bereitet uns der Keren Hajessod. Dr. Weizmann und seine Begleiter müssen das hierische jüdische Publikum über den Keren Hajessod richtig informieren, damit die Arbeit für den Keren Hajessod energisch durchgeführt wird. Aber außer der Keren Hajessodfrage, gibt es eine noch viel wichtigere Frage, die während des Aufenthaltes Dr. Weizmanns in Amerika geregelt werden muß. Das ist die Frage der jüdischen Disziplin, die außerhalb jeder Disziplin stehen muß. Die jüdische Parteidisziplin, wie die Disziplin jeder Partei, fordert, daß die Beschlüsse des jüdischen Kongresses für alle Zionisten ohne Unterschied bindend sein müssen. Wenn die Jahreskonferenz, die in einem kongregativen Jahre die Machtbefugnisse eines Kongresses besitzt, beschließen hat, den Keren Hajessod durchzuführen, ist dieser Beschluß für alle Landsmannschaften bindend. Daher sind die Beschlüsse von Buffalo ungültig, die im strikten Gegensatz zu den Londoner Beschlüssen stehen.

Interessant ist auch, daß nach sicherer Nachrichten aus allen Bezirken die jüdischen Massen die Beschlüsse von Buffalo als ungültig betrachten und bereit sind, den Keren Hajessod, wie er in London beschlossen wurde, durchzuführen. Die jüdischen Massen dürfen aber nicht länger schweigen, sie müssen ihre Stimme laut erheben, damit die europäischen Führer hier keine Konzessionen hier an die amerikanischen Massen machen sollen. Das Schweigen der jüdischen Massen ist von beiden Seiten als ein Vertrauensvotum für die amerikanischen Führer betrachtet worden.

Frieden? Ja, aber einen für die Rettung der Weltorganisation ehrenhaften Frieden. Möge niemand sagen, daß der falsche Klang des amerikanischen Dollars die Autorität der jüdischen Zeitung verfehlt habe.

Grez Israel. Politisches.

Autonomie der Städte.

Auf Grund einer Besprechung mit dem Jüdischen Nationalkomitee sprach Oberster Richter Sir Herbert Samuel. Instruktionen zu erteilen, wonach die jüdischen Städte als die einzigen jüdischen Siedlungen anerkannt werden sollen. Als oberste Vertretung soll das Nationalkomitee (Maad Leumi) gelten. Die kommunalen Verordnungen soll ferner das Besteuerungsrecht eingeräumt werden. (S. R.)
Treffende Nachrichten über eine „Räumung“ Jerusalems.

Das höchste jüdische Büro, welches im allgemeinen keine Nachrichten über Palästina bringt, meldet, daß Jerusalem von den französischen und italienischen Besatzungsabteilungen geräumt sei. Eine Reihe von Blütern brachte diese Meldung unter dem treffenden Titel „Jerusalem geräumt. Selbstverständlich ist von einer Räumung Jerusalems die Rede, die Truppe der Mandatmacht (S. R.)
Bildung einer palästinensischen Landesverordnetenversammlung.

Die palästinensische Regierung trifft Vorbereitungen für die Auflösung einer eigenen Truppe, einstweilen von 2 Bataillonen von 600 Mann. Das Nordbataillon soll hauptsächlich aus jüdischen Soldaten bestehen und von Col. Margalit befehligt werden, welche bereits der Kommandeur der „Judeans“, der jüdischen Legionäre im englischen Heer, war. Das Südbataillon soll vorwiegend aus Arabern bestehen. In der Spitze beider Bataillone steht General Latiff. Die Dienstzeit wird auf ein Jahr festgesetzt, und alle 6 Monate soll eine neue Rekrutierung stattfinden. (S. R.)

Wirtschaftliches.

Die amerikanischen Bodenkäufe. Im Auftrag der amerikanischen Bodenkauflgesellschaft „Zion Land Development“ haben sich in kurzem Peter Schweizer und Frau Mary Zels nach Palästina, um mit den Bodenkäufern zu beginnen. Nachher soll der Präsident der Gesellschaft, Dr. Pläne ange-

